



Noch bis Ende 2026 liefern die Gasturbinen in Birm Strom, wenn es zu einem Engpass kommt. Danach sollen neue Reservekraftwerke zum Einsatz kommen.

MICHAEL BUHOLZER / KEYSTONE

Es gäbe eine günstigere Alternative zu Notkraftwerken

Energieintensive Firmen könnten in Krisenphasen ihren Verbrauch zurückfahren

DAVID VONPLON

Bundesrat Albert Rösti macht ernst mit der Versorgungssicherheit: Er plant den Bau von mehreren grossen fossilen Reservekraftwerken, die die bereits bestehenden Gaskraftwerke in Birm, Cornaux und Monthey ab 2026 ersetzen sollen. 400 Megawatt sollen die neuen Anlagen im Notfall leisten. Und dafür sorgen, dass die Schweiz trotz volatiler Sonnenenergie immer genug Strom im Winter hat.

Doch wie sich nun zeigt, verursacht Röstis Versicherungslösung gegen Blackouts horrenden Kosten. 2,6 Milliarden Franken verlangte die Strombranche insgesamt für die Bereitstellung von 590 Megawatt Reserveleistung, wie die «NZZ am Sonntag» berichtete. Berappen müssten diese Kosten die Stromkundinnen und -kunden. Für den Bundesrat ist damit die Schmerzgrenze überschritten: Mitte Juni brach er die Ausschreibung für die Reservekraftwerke kurzerhand ab. Das Bundesamt für Energie will nun Direktverhandlungen mit allen potenziellen Anbietern führen – in der Hoffnung, den Preis auf diese Weise drücken zu können.

Kein Gehör für die Industrie

Kritik am Prestigeprojekt von Albert Rösti kommt nun allerdings ausgerechnet aus der Industrie. So wirft der Wirtschaftsverband Swissmem dem Bundesrat vor, er habe es verpasst, Alternativen zu den teuren Reservekraftwerken zu prüfen. «Seit dem Krisenwinter 22/23 versuchen wir die zuständigen Stellen beim Bund davon zu überzeugen, nicht nur die Angebots-, sondern auch die Nachfrageseite mitzubedenken», sagt der Swissmem-Vizedirektor Jean-Philippe Kohl. Doch gehört habe man vom Bund wenig.

Konkret schlägt Swissmem eine sogenannte Verbrauchsreserve vor. Gemeint ist damit, dass Grossverbraucher – etwa Stahlwerke oder Giessereien – ebenfalls an der Ausschreibung für die Stromreserve teilnehmen können. Zeichnet sich eine Notlage ab, würden die sich dazu verpflichteten Unternehmen ihre Nachfrage reduzieren oder ihre Produktion ganz einstellen. Für ihren Beitrag zur Bewältigung einer Mangellage erhielten die Unternehmen vom Bund dann eine Entschädigung. «Es handelt sich dabei um eine günstige Massnahme, die den Bedarf an Reservekraftwerken vermindern würde», betont Kohl. Bei einem Engpass könnten zu-

dem auch CO₂-Emissionen vermieden werden. Die energieintensiven Unternehmen sehen sich mit dem gegenwärtigen Regime der Stromreserve doppelt benachteiligt. Sie müssen den Netzzuschlag berappen, mit dem der Bund die teure Stromreserve finanziert. Zeichnet sich jedoch wie im vorletzten Winter eine Energiekrise ab, sind sie aufgrund der explodierenden Strompreise gezwungen, den Betrieb einzustellen, da sich die Produktion nicht mehr lohnt. «Diese Unternehmen wenden für die Stromreserve jährlich Millionenbeträge auf, ohne dass sie dann den Strom in der Notlage brauchen können», sagt Kohl. Er verlangt, dass industrielle Grossverbraucher deshalb vom Netzzuschlag be-

Zeichnet sich eine Notlage ab, würden die Firmen ihre Nachfrage reduzieren oder ihre Produktion einstellen. Dafür erhielten sie eine Entschädigung.

freit werden, wenn diese ihren Betrieb im Falle einer Strommangellage reduzieren oder einstellen.

Doch der Bundesrat zeigt bis jetzt kein Gehör für die Forderungen der Industrie. Das neue Stromgesetz, welches das Stimmvolk im Juni gutheiss, sieht Ausschreibungen für eine Verbrauchsreserve zwar ausdrücklich vor. Doch setzt der Bundesrat diese Bestimmungen nicht um: Sie werden in den Verordnungsentwürfen bloss als Möglichkeit erwähnt; eine detaillierte Ausgestaltung jedoch sucht man dort vergeblich.

Auch in der Vorlage für eine Stromreserve, die sich derzeit in der parlamentarischen Beratung befindet, verzichtete der Bundesrat darauf, eine zwingende Verbrauchsreserve im Gesetzestext zu verankern. Darin bleibt es dem Bundesrat überlassen, einen solchen Einbezug vorzusehen. Die Landesregierung kam jedoch vor einem Jahr nach einer Prüfung zum Schluss, dass die dazu nötige Regelung komplex wäre und sich negativ auf freiwillige Sparmassnahmen auswirken könnte.

Wie gross das Potenzial einer solchen Verbrauchsreserve ist, hat Swiss-

mem im Herbst 2022 erhoben. In einer Umfrage bei den Mitgliedfirmen erklärte sich rund ein Dutzend Industriefirmen zu einer Lastreduktion in den Wintermonaten bereit. In den Monaten von Januar bis April 2023 hätten damit im Notfall 160 Gigawattstunden Strom eingespart werden können. Zum Vergleich: Die Wasserkraftreserve, an der 14 Betreiber von Speicherkraftwerken beteiligt sind, beträgt pro Winter 400 Gigawattstunden. «Die Industrie könnte substantielle Mengen beisteuern», sagt Kohl, «doch hat sich der Bundesrat nicht dazu durchgerungen, dass sich grosse industrielle Stromnachfrager an entsprechenden Ausschreibungen beteiligen können.»

Die Vorschläge der Industrie finden im bürgerlichen Lager Zuspruch. «Ich halte die Einführung einer Verbrauchsreserve für eine sehr valable Option», sagt die St. Galler FDP-Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher. Es sei richtig, dass Unternehmen, die bereit seien, ihren Stromkonsum in Krisenphasen zu reduzieren, entschädigt würden.

Rösti fehlt rechtliche Grundlage

Derweil stösst auch der Plan von Bundesrat Rösti, nun mit den Stromversorgern direkt über die Notkraftwerke zu verhandeln, auf Kritik. «Dieses Vorgehen geschieht auf einer sehr wackeligen rechtlichen Grundlage», sagt Léonore Hälgi von der Schweizerischen Energienstiftung. Es sei unverstänglich, weshalb der Bundesrat auf Biegen und Brechen an den thermischen Reservekraftwerken festhalten wolle. Tatsächlich sieht die Winterreserveverordnung, die vom Bundesrat per Notrecht eingeführt wurde, keine Direktvergaben im freihändigen Verfahren vor. Ebenso ist in der Vorlage für eine Stromreserve nur von Ausschreibungen die Rede – nicht aber von freihändigen Direktvergaben.

Das Bundesamt für Energie (BFE) hält auf Anfrage fest, dass eine Neuausschreibung der Reservekraftwerke nicht infrage komme. Zu dringlich und wichtig sei die Angelegenheit. Auch könnte mit denselben Rahmenbedingungen finanziell und zeitlich keine signifikante Verbesserung der Projekte erreicht werden. In den Verhandlungen mit den potenziellen Anbietern will das BFE gemäss eigener Aussage nach Möglichkeiten suchen, die Kosten massiv zu senken und die Projekte zu beschleunigen. Man werde dabei dem Prinzip der Gleichbehandlung aller Interessenten Rechnung tragen.

Neues jüdisches Forum für offenen Dialog

320 teilweise prominente Schweizer haben das Statement «Gescher» unterschrieben – doch es gibt auch Skeptiker

ANDREA FOPP

Dana Landau macht sich schon lange Sorgen um die israelische Demokratie. Beispielsweise wegen der umstrittenen Justizreform, welche das Land beschäftigt. Seit dem terroristischen Anschlag der Hamas am 7. Oktober sind Landaus Sorgen noch gewachsen. Die Schweizer Jüdin formuliert Kritik an der Politik der israelischen Regierung: «Die Inten-



Dana Landau
Zürcher Politologin

sivierung der Besetzung im Westjordanland und die zunehmende Abkehr von demokratischen Grundwerten begünstigen die Gewaltspirale in der Region», sagt die Politologin.

Landau lebt in Zürich, doch sie fühlt sich Israel verbunden, ihre Grossmutter lebt dort, ebenso ihre Tante und Cousins. Der brutale Terrorangriff der Hamas und das Schicksal der israelischen Geiseln haben sie daher schwer getroffen. Gleichzeitig sorgt sie sich auch um das Schicksal der Zivilbevölkerung in Gaza. Und eben: um Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, die «grundlegenden Bausteine unserer liberalen und demokratischen Gesellschaften».

Mit ihrer Sorge ist Landau nicht alleine: Zusammen mit acht weiteren Schweizer Jüdinnen und Juden gründete sie vor ein paar Tagen das «Jüdische Forum Schweiz – Gescher», wie das Wochenmagazin «Tachles» berichtet hat. Die Gruppe möchte einen «offenen, pluralistischen Dialog» in der Israel-Debatte etablieren.

Breite Unterstützung

Offensichtlich erfüllt das Forum Gescher ein Bedürfnis. Bereits haben rund 320 Jüdinnen und Juden unterschrieben (Stand Freitagabend). Unter ihnen Mitglieder des Zionistenverbands oder der Gesellschaft Schweiz-Israel. Viele der Unterstützer sind dem linksliberalen Lager zuzuordnen. Nebst der ehemaligen SP-Bundesrätin Ruth Dreifuss hat

«Die Intensivierung der Besetzung im Westjordanland und die zunehmende Abkehr von demokratischen Grundwerten begünstigen die Gewaltspirale in der Region.»

Dana Landau

etwa auch der Friedensforscher Laurent Goetschel unterschrieben, ebenso wie Peter Jossi, Co-Präsident der Plattform der liberalen Juden, und die Co-Präsidentin der Jüdischen Gemeinde Bern, Dalia Schipper. Die Unterstützung geht aber bis in die politische Mitte und darüber hinaus, so gehört auch die Freisinnige Esther Girsberger zu den Signatären.

Walter L. Blum begrüsst das Engagement. Er ist Zentralsekretär der Gesellschaft Schweiz-Israel und ehemaliger Präsident der Stadtzürcher FDP, spricht aber als Privatperson, wenn er sagt: «Beim Forum Gescher handelt es sich um eine wichtige Gründung.» Es gebe eine grosse Liebe zu Israel in der jüdischen Gemeinschaft. Gleichzeitig gingen die Meinungen über politische Fragen wie die Justizreform oder die Sied-

lerbewegung weit auseinander. Und die bange Frage, was nach dem Krieg passiere, sei gross. «Es ist gut, dass es jetzt ein innerjüdisches Forum gibt, in dem die verschiedenen Perspektiven breit diskutiert werden.»

Wohlwollen äussert auch Jonathan Kreutner, Generalsekretär des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds (SIG): «Das Forum ist ein wichtiger Beitrag zur Vielfalt innerhalb der jüdischen Gemeinschaft.» Auch der SIG ist den Werten des Friedens, der Würde und des Dialogs verpflichtet und steht mit den Initiantinnen und Initianten des Forums im ständigen Austausch.

Dennoch hat niemand vom SIG-Vorstand unterschrieben. Das hat seine Gründe: Beim Forum Gescher handelt es sich um ein zivilgesellschaftliches Engagement, das der SIG wertschätzt, so Kreutner. Der SIG vertritt aber als Verband jüdischer Gemeinden eine Bandbreite von Gemeinden und unterschiedlichen Meinungen und äussert sich grundsätzlich nicht zur israelischen Politik.

Zudem haben die SIG-Delegierten am 2. Juni eine Resolution veröffentlicht, die teilweise gleiche Forderungen wie das Forum Gescher formuliert, sich aber auf die Schweiz fokussiert. So fordert der SIG ein Verbot der Hamas in der Schweiz, eine Strategie gegen Antisemitismus und wünscht sich Frieden und Sicherheit für die Bevölkerung Israels, die Palästinenserinnen und Palästinenser und die ganze Region.

Judentum ist mehr als Politik

Es gibt allerdings auch starke Skepsis in Bezug auf das neue Forum. Beispielsweise von Jehuda Spielman, Zürcher Gemeinderat und Mitglied der jüdisch-orthodoxen Gemeinschaft. Er wurde auch



Jehuda Spielman
Zürcher Gemeinderat

angefragt, hat aber nicht unterschrieben, denn: «Ich bin Gemeinderat von Zürich, nicht von Jerusalem», sagt er. Die israelische Politik überlasse er den Personen, die dort lebten. Die Schweiz solle sich auf die Guten Dienste beschränken.

Als Freisinniger sei er ausserdem überzeugt von der Trennung von Kirche und Staat. «Wir werfen Antisemiten häufig vor, sie würden die Religion «Judentum» und die Staatsbürgerschaft «Israeli» vermischen. Dann müssen wir das selbst nicht auch noch machen.» Allerdings, räumt Spielman ein, sei diese Trennung seit dem Terrorangriff der Hamas und dem darauffolgenden Krieg schwieriger geworden. Dieser habe direkte Auswirkungen auf die Schweiz, der Antisemitismus habe zugenommen, aber auch das Informationsbedürfnis über die israelische Politik und das Judentum. Dennoch will Spielman standhaft bleiben. Das gelinge ihm besser als anderen, glaubt er. Und zwar aufgrund seines Glaubens.

Für Spielman als praktizierenden Orthodoxen besteht das Judentum «aus viel mehr als Israel, Holocaust und Antisemitismus». Beispielsweise müsse er die Zitate für diesen Artikel beizeiten bekommen, denn am Freitag nach 17 Uhr mache er sich für den Sabbat bereit und sei nicht mehr erreichbar.

Eine Gefahr sieht Spielman: In Israel herrsche ein Kulturkampf zwischen liberalen und religiösen Juden. Teilweise ist dieser auch in der Schweiz spürbar, auch wenn öffentlich niemand richtig darüber spricht. Spielman sagt: «In der Schweiz leben wir Jüdinnen und Juden gut zusammen. Das soll so bleiben.» Das sieht auch Dana Landau so. Schliesslich sei «Gescher» das hebräische Wort für «Brücke».